

## **„Raubzug mit Ansage“, so betitelt der SPIEGEL in seiner Ausgabe 19/2013 das Steuererhöhungsprogramm von Bündnis 90/Die Grünen zur Bundestagswahl**

Da verschlägt es uns Bürgern die Sprache. Bündnis90/Die Grünen sind auf Beutezug und wollen, wenn sie den Sprung bei der Bundestagswahl im September 2013 in die Regierung schaffen, die Bürger in bisher nie erlebtem Ausmaß zur Kasse bitten. Natürlich nur, um diese exorbitant hohen Mehreinnahmen in die Bildung zu stecken, das macht sich gut, das wollen die Bürger hören.

Nicht einmal die Partei „Die Linke.“ hat sich bisher getraut, den Bürgern derart brutal in die Tasche zu greifen. Selbst die SPD, der Wunschkoalitionspartner, geht in Deckung.

Weder der Bund noch die Länder und auch nicht die Kommunen verfügen über zu geringe Einnahmen. Der Bund erwartet für dieses Jahr mehr als 600 Milliarden € Einnahmen, das sind etwa 100 Milliarden € mehr, als der Bund noch vor vier Jahren eingenommen hat. Und für das Jahr 2017 erwartet der Finanzminister Einnahmen von mehr als 700 Milliarden €, ohne die von Bündnis90/Die Grünen geplanten Steuererhöhungen.

Auch in Lilienthal sprudeln die Einnahmen. Von 2006 bis 2011 stiegen die Einnahmen jährlich um durchschnittlich 583.000 €, und im Zeitraum 2012 bis 2016 erwartet die Gemeinde jährliche durchschnittliche Mehreinnahmen von 825.000 €. Trotz dieser sprudelnden Einnahmen summierte sich ein Fehlbetrag im Haushalt bis zum 31.12.2011 auf 8,147 Mio. €. Für 2012 rechnet die Gemeinde mit einem Fehlbetrag von 295.900 €, für 2013 geht man von einem Fehlbetrag von 896.900 € aus und für die Folgejahre 2014 bis 2016 noch einmal 2,935 Mio. €. Diese Fehlbeträge und weitere Ausgaben führten zu einem Schuldenberg von inzwischen 97.000.000 €. **Was macht diese Verwaltung, und was machen unsere Politiker in Lilienthal mit unserem Geld und mit diesen stetig steigenden Einnahmen?**

Bund, Länder und Kommunen haben kein Einnahmenproblem, sondern ein Ausgabenproblem. Es ist schon bemerkenswert, Bündnis 90/Die Grünen reden nur über ihre Überzeugung, dass Steuererhöhungen dringend notwendig sind, und palavern über ihre Vorstellung, wie die erhofften Mehreinnahmen nach ihren Vorstellungen zu verteilen sind. Über Kürzung von Ausgaben verlieren Bündnis90/Die Grünen kein Wort, obwohl die Bürger in Deutschland heute schon mit Steuern und Abgaben außerordentlich hoch belastet sind.

**Was machen unsere Politiker mit den heute schon exorbitant hohen Steuereinnahmen im Bund und in den Ländern?** Wann werden endlich die Politiker zur Rechenschaft gezogen, wenn Steuergelder verschwendet werden? Die Elbphilharmonie, der Flughafen in Berlin, Stuttgart 21 oder in Lilienthal die Straßenbahn Linie 4 sind Beispiele, die zeigen, wie leichtfertig unsere Politiker mit unserem Geld umgehen.

**Es ist eine glatte Lüge, wenn Bündnis90/Die Grünen behaupten, diese geplante Steuererhöhungsorgie trifft nur die Reichen.**

## Was planen Bündnis90/Die Grünen wirklich?

- Einkommensteuererhöhungen durch Anhebung des Spitzensteuersatzes von 45 % auf 49 %. Diese Erhöhung trifft schon Familien-Einkommen ab 5.000 €  
**Von wegen, nur die Reichen sind betroffen!**
- Bündnis90/Die Grünen wollen das Ehegattensplitting abschaffen, das verheiratete Paare bei der Steuer begünstigt.
- Bündnis90/Die Grünen wollen den Krankenkassenbeitrag zwar kürzen, aber gleichzeitig die Beitragsbemessungsgrenze von derzeit 47.000 € auf 65.000 € erhöhen. Für die Ermittlung sollen nicht nur die Löhne und Gehälter einbezogen werden, sondern auch Kapitaleinkünfte und Mieten.
- Ehepartner sollen in der Krankenkassen nicht mehr automatisch kostenlos mitversichert sein.
- Der ermäßigte Mehrwertsteuersatz von derzeit 7 % soll für Schnittblumen, Skilifte, Fast Food und andere ökologisch zweifelhafte Angebote auf 19 % steigen. Bündnis90/Die Grünen nehmen für sich in Anspruch, festzulegen, was zweifelhafte ökologische Produkte sind. Aber nicht nur diese Produkte sind betroffen. So sollen auch Fleisch, Importobst und Milch künstlich verteuert werden, man will ja die Umwelt schonen.
- Plastiktüten sollen mit einer Art Umweltabgabe belegt werden, Dienstwagen mit einer Hubraumsteuer, Handys mit einem Pfand und Flugreisen mit höheren Kerosinpreisen. Die Phantasie von Bündnis90/Die Grünen kennt keine Grenzen.
- Dreist ist der Plan, auch die Grundsteuer durch eine Änderung der Berechnungsgrundlage vom Einheitswert auf den Marktwert zu erhöhen. Diese drastische Steuererhöhung trifft nicht nur Immobilienbesitzer, sondern alle Mieter, weil diese Steuer als Nebenkosten auf die Mieter umgelegt wird. Die Grundsteuer ist eine Substanzsteuer, sie ist fällig, ob man ein hohes oder ein niedriges Einkommen hat, sie belastet gerade nicht die Reichen, sondern insbesondere die Mieter mit geringem Einkommen. Abgesehen davon, ist diese Steuer mit einem extrem hohen Verwaltungsaufwand verbunden, weil die Ermittlung des aktuellen Marktwertes kaum möglich ist.
- Die Erbschaftssteuer soll erhöht werden. Das Aufkommen aus dieser Steuer soll sich auf 8,6 Milliarden € verdoppeln.
- Natürlich darf auch eine Erhöhung der Vermögenssteuer im vorliegenden Katalog der Steuererhöhungsplanung nicht fehlen. Zunächst ist eine einmalige und angeblich zeitlich befristete Vermögensabgabe geplant. Diese Vermögensabgabe soll nur Bürger treffen, die über ein Nettovermögen von über 1 Mio. € verfügen.

Aber gleichzeitig lassen Bündnis90/Die Grünen keinen Zweifel daran, dass sie bei einer Regierungsbeteiligung mittelfristig die Vermögenssteuer für alle

Bürger wieder einführen werden. Bündnis90/Die Grünen ignorieren, dass die Bürger ihr Vermögen aus bereits versteuertem Einkommen gebildet haben. Die Vermögenssteuer ist im höchsten Maße ungerecht. 100.000 € Geldvermögen hat einen Wert von 100.000 €, aber wie bewertet man eine Immobilie oder ein Gemälde? Die Bewertung zum Einheitswert bei Immobilien ist ungerecht, weil sie den realen Marktwert der Immobilie nicht widerspiegelt, aber der Versuch, Jahr für Jahr den realen Marktwert zu ermitteln, ist nicht nur unrealistisch, sondern ebenso ungerecht, weil der ermittelte Marktwert nur ein theoretischer, ein fiktiver Wert sein kann. Wenn Bündnis90/Die Grünen eine Bewertung des Nicht-Geldvermögens zum Marktwert planen, dürfte diese Steuer schon am nicht bezahlbaren Verwaltungsaufwand scheitern.

Bündnis90/Die Grünen sind offensichtlich an einer sparsamen Haushaltsführung nicht interessiert, konkrete Ausgabenkürzungen sind kein Thema. Ihr Interesse ist es ausschließlich, möglichst hohe Einkommensteile von den Bürgern abzuziehen, um diese Gelder nach ihren „eigenen Wertvorstellungen“ dann verteilen zu können. Das ist eine Entmündigung der Bürger in einem Maße, wie es sie bisher noch nie gegeben hat.

Wir Bürger sollten auch im kommunalen Bereich schon jetzt auf die entsprechenden Politiker vorher einwirken, um weitere ungerechte Belastungen zu verhindern, die eben nichts mit einer „Reichensteuer“ zu tun haben, sondern die gerade auch die Geringverdiener, Rentner und den Mittelstand betreffen.